

Interpellation SVP-Fraktion:**«Aufforderung an den Bundesrat zum Handeln im Asylbereich**

Dieses Jahr wurden bis Ende Oktober in der Schweiz 23'600 neue Asylgesuche eingereicht. Dazu kommen rund 14'000 Gesuche von Personen aus der Ukraine, die den Schutzstatus S beantragten. Die Belastungsgrenze der Kantone und der Gemeinden ist erreicht, zumal die Pendenzen ebenfalls ausserordentlich hoch sind. Per Ende Oktober waren schweizweit 17'139 Personen im Verfahrensprozess, 12'582 Asylentscheidungsprozesse waren erstinstanzlich hängig und 4'557 beim Bundesverwaltungsgericht. Die rund 5'000 hängigen Gesuche für den Schutzstatus S sind dabei nicht inbegriffen.

Da für Personen im Asylverfahrensprozess der Kanton zuständig sind, musste auch der Kanton St.Gallen die Unterbringungskapazitäten ausbauen und seit kurzem wird sogar die Jugendherberge St.Gallen als Asylunterkunft benutzt. Zudem ist es nur eine Frage der Zeit, bis auch die Unterbringungsmöglichkeiten in den anderen Gemeinden an ihre Grenzen kommen werden.

Der Bund hat kürzlich mehrere Bundesasylzentren aufgrund geringerer Auslastungen für Personen in seiner Zuständigkeit geschlossen, gleichzeitig ist er massiv im Rückstand bei der Bearbeitung der Pendenzen und belastet damit je länger, je mehr die Kantone und Gemeinden.

Aufgrund dieser kritischen Ausgangslage hat der Regierungsrat des Kantons Schwyz am 19. November 2024 den Bundesrat mit einem Schreiben dringend aufgefordert, endlich wirk-same Lösungen sowohl auf der Vollzugsebene als auch bei der Rechtsetzung zu treffen, so wie das andere Länder mit Erfolg getan haben. Die Regierung des Kantons St.Gallen sollte sich am Schwyzer Regierungsrat ein Beispiel nehmen und ebenfalls beim Bundesrat vorstellig werden.

Wir bitten die Regierung um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Ist die Regierung bereit, den Bundesrat unverzüglich und formell aufzufordern, die Pendenzen rascher abzubauen unter Hinweis darauf, dass das Asylwesen eine Verbundsaufgabe der drei Staatsebenen ist und der Bund seine Verantwortung besser wahrnehmen soll?
2. Ist die Regierung bereit, der Konferenz der Kantonsregierungen eine Resolution vorzuschlagen, mit welcher der Bundesrat aufgefordert wird, die geltende Gesetzgebung konsequent anzuwenden, insbesondere im Bereich der Problematik der straffällig gewordenen Asylbewerber?»